

## Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 13.03.2012

### Filialen und Arbeitsplätze bei Schlecker dauerhaft sichern

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Im Januar 2012 beantragte die Drogeriekette Schlecker die Einleitung eines Insolvenzverfahrens, das Ende April eröffnet wird. Betroffen sind bundesweit über 30 000 Beschäftigte, weitaus überwiegend sind es Frauen, in den Unternehmensteilen „Schlecker AS“, „Schlecker XL“, „Ihr Platz“ sowie im OnlineHandel. In Niedersachsen waren Mitte Februar 2012 insgesamt 2 227 Personen in der Drogeriekette Schlecker tätig. Nach den Absichten des Insolvenzverwalters, die sich bislang ausschließlich auf die Schlecker-Filialen beziehen, soll nahezu die Hälfte der Läden und Stellen geschlossen werden. 11 750 von 25 250 Beschäftigten würden danach ihren Arbeitsplatz verlieren. Dazu kommt, dass die Unternehmensleitung von Schlecker den im Mai 2010 mit ver.di abgeschlossenen Sozialtarifvertrag mit Abfindungsregelungen nicht einhalten, sondern verschlechtern will. All das ist nicht hinnehmbar.

Für den Zeitraum Januar bis März 2012 hat die Bundesagentur für Arbeit durch Auszahlung von Insolvenzgeld die üblichen Lohnkosten des Unternehmens übernommen. Es handelt sich um Leistungen in Höhe von insgesamt rund 240 Mio. Euro.

Die Schlecker-Filialen sorgen auch in Niedersachsen für eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs. Besonders wichtig sind sie in dünn besiedelten ländlichen Räumen, in denen es immer weniger Läden im Einzelhandel gibt.

Zehntausende Verkäuferinnen und Verkäufer haben über Jahrzehnte Schlecker aufgebaut. Ihre Arbeit machte die Familie Schlecker reich. Das geschätzte Vermögen von Anton Schlecker betrug im Jahr 2011 mehr als 2 Mrd. Euro. Schlecker steht synonym für einen Einzelhandel, in dem einige große Familienbetriebe auf Kosten ihrer Belegschaften ein immenses Vermögen angehäuft haben.

Es ist in diesem Zusammenhang fraglich, ob die Familie Schlecker entgegen ihrem öffentlichen Bekenntnis „Es ist nichts mehr da“ nicht doch durch Übertragungen von Vermögen vor mehr als zehn Jahren, auf die in der jetzigen Insolvenz juristisch wohl kaum zurückgegriffen werden kann, dafür (vor)gesorgt hat, auch künftig eine der reichsten Familien in Deutschland zu bleiben. Dagegen droht sehr vielen ihrer Beschäftigten Arbeitslosigkeit und das berufliche Aus.

Die Schlecker-Beschäftigten haben sich im Laufe der Jahre erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt, dass ihre Löhne gedrückt, sie drangsaliert und bespitzelt wurden. Sie gründeten Betriebsräte, erkämpften Tarifverträge und verhinderten jüngst die Tariffucht durch Leiharbeit.

Es ist jetzt notwendig, ein konkretes, kontrollfähiges Konzept für die Sicherung der Zukunft des Unternehmens zu entwickeln, das den Erhalt der Filialen und der Arbeitsplätze zum Ziel hat. Die Beschäftigten haben die Krise des Unternehmens nicht verursacht. Sie dürfen daher auch nicht die Leidtragenden sein. Eine wesentliche Konsequenz aus der Insolvenz von Schlecker muss darin bestehen, die Beschäftigten zu beteiligen, bevor das Unternehmen zerschlagen wird. Die Schlecker-Beschäftigten müssen sowohl an der Erstellung eines für die Zukunftssicherung des Unternehmens als auch an seiner Weiterführung beteiligt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich entschieden für den Erhalt der Filialen und Arbeitsplätze bei Schlecker in Niedersachsen einzusetzen.
2. im Bedarfsfall Landesbürgschaften oder staatliche Kredite für Schlecker unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, dass Arbeitsplätze und bestehende Tarifbindung erhalten bleiben. Hilfen sollen stets als Beteiligung der öffentlichen Hand und bei Gewährung von Belegschaftsbeteiligung mit entsprechendem Einfluss auf die Geschäftspolitik eingeräumt werden.
3. politischen Einfluss auf alle Beteiligten auszuüben, dass bestehende Tarifverträge nicht gekündigt werden und der Sozialtarifvertrag vom 31. Mai 2010 eingehalten wird.
4. sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass sich die Familie Schlecker mit ihrem gesamten Vermögen, einschließlich der möglicherweise vor mehr als zehn Jahren verschobenen Vermögenswerte, an der Sanierung und Zukunftssicherung des Unternehmens zu beteiligen hat.

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin